

Ressort: Politik

Massive Kritik an Rentenvorstoß von Finanzminister Scholz

Berlin, 21.08.2018, 00:00 Uhr

GDN - Mehrere bekannte Forscher kritisieren den Vorstoß von Finanzminister Olaf Scholz (SPD), das heutige Rentenniveau dauerhaft zu garantieren. Die Standardrente bis 2040 bei 48 Prozent zu stabilisieren, sei "unfinanzierbar und unfair gegenüber den Jüngeren", sagte Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg der "Süddeutschen Zeitung" (Dienstagsausgabe).

Der Wissenschaftler beziffert die Kosten auf langfristig drei Billionen Euro. Raffelhüschen rechnet vor, dass der Beitrag zur Rentenkasse von 18,6 bis 2040 auf 29 Prozent des Bruttoverdiensts steigen müsste. "Die jüngeren Arbeitnehmer würden noch mehr geschröpft", klagt er. "Die Akzeptanz des Rentensystems wird schwinden. Deutsche werden massiv versuchen, den Beiträgen auszuweichen", etwa durch Selbständigkeit oder Verlegung von Arbeitsverhältnissen ins Ausland. Das Rentenniveau könnte ohne weitere Maßnahmen bis 2040 von heute 48 auf etwa 40 Prozent fallen. Das bedeutet aber nicht, dass die ausgezahlten Renten schrumpfen - sondern, wie hoch das Altersgeld eines Durchschnittsverdieners in Relation zum Durchschnittslohn ist. "Die Diskussion ist von Panikmache geprägt", sagt Axel Börsch-Supan vom Max-Planck-Institut für Sozialpolitik in München der SZ. "Fällt das Rentenniveau wie erwartet auf knapp 42 Prozent, steigen die Renten dennoch nach Inflation um ein Prozent jährlich. Wer heute 35 ist und in etwa 30 Jahren in Rente geht, wird 30 Prozent mehr Kaufkraft haben als heutige Rentner". Eine Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent koste bereits 2030 über 40 und 2040 100 Milliarden Euro pro Jahr. Um das zu finanzieren, müsse die Mehrwertsteuer, die jeder beim Kauf von Produkten aller Art zahlt, von heute 19 auf fast 26 Prozent steigen. Börsch-Supan weist Scholz' Argument zurück, stabile Renten verhinderten einen deutschen Trump. "Leichtfertig ein stabiles Rentenniveau zu versprechen als käme das zum Nulltarif fördert eher den Populismus".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-110659/massive-kritik-an-rentenvorstoß-von-finanzminister-scholz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619